

Migranten gehen nach Hause: Dieser Mann glaubt, dass er einen Plan zur Lösung der Flüchtlingskrise in der EU hat

Remigration wird oft mit Massenabschiebung gleichgesetzt, doch das Konzept ist komplexer als das, erklärt sein Hauptbefürworter Martin Sellner.

11. Dezember 2024 | Constantin von Hoffmeister

Die Remigration, eine Politik, die die Rückkehr von Migranten in ihre Heimatländer befürwortet, gewinnt in der europäischen Politik an Dynamik. Persönlichkeiten wie Martin Sellner und Parteien wie die AfD und die FPÖ führen die kontroverse Debatte über die Umkehrung der Migrationsströme an, um den ethnisch-kulturellen Zusammenhalt zu wahren.

Im November 2024 verabschiedete der bayerische Landesverband der Partei Alternative für Deutschland (AfD) eine „Resolution zur Remigration“, in der die Rückführung von Migranten, einschließlich derjenigen, die als nicht ausreichend integriert gelten, in ihre Herkunftsländer gefordert wird. Dieser Schritt hat eine erhebliche Kontroverse ausgelöst und Kritik von verschiedenen politischen Persönlichkeiten und Parteien auf sich gezogen, die ihn als diskriminierende Politik betrachten. Herbert Kickl, Vorsitzender der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), vertritt eine ähnliche Haltung und hat die Remigration als Mittel zur Bewältigung der Zuwanderung und zur Wahrung der nationalen Identität in das Parteiprogramm aufgenommen, was die Debatte weiter verschärft.

Martin Sellner ist ein österreichischer politischer Aktivist und eine führende Persönlichkeit der identitären Bewegung in Österreich. In seinem Buch *Remigration. Ein Vorschlag* (2024) skizziert Sellner Strategien für die Remigration von kulturell, wirtschaftlich, politisch und religiös nicht assimilierbaren Ausländern. Er legt Wert darauf, Remigration von unmenschlichen Szenarien zu unterscheiden, und schlägt einen strukturierten Ansatz vor, um das umzukehren, was er als „Ersatzmigration“ bezeichnet, ein Phänomen, das seiner Meinung nach in Europa seit Jahrzehnten anhält.

Aufgrund seines umfangreichen Engagements in Anti-Einwanderungsbewegungen gilt Sellner als Experte für Remigrationskonzepte. Seine Vorschläge haben den politischen Diskurs beeinflusst, wie die Resolution der bayerischen AfD zeigt. In diesem Interview mit Sellner erörtern wir seine Ansichten zur Remigration, die Beweggründe hinter seinen Vorschlägen, die praktischen Möglichkeiten der Umsetzung solcher Maßnahmen und ihre möglichen gesellschaftlichen Auswirkungen.

Welche konkreten Mechanismen oder Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Remigration so umzusetzen, dass soziale Instabilität oder internationale Verurteilung vermieden werden?

Die Rückwanderung beruht auf Freiwilligkeit und soll die Push- und Pull-Faktoren der Migration umkehren, indem Anreize für die Auswanderung geschaffen und solche, die die schädliche Einwanderung fördern, beseitigt werden. Um soziale Instabilität zu vermeiden, wird der Prozess schritt- und stufenweise umgesetzt, wobei je nach Schwere des Einzelfalls Ultimaten und Ankündigungen eingesetzt werden. Der internationalen Kritik wird durch die Bildung breiter Koalitionen in

ganz Europa und den Schulterschluss mit Ländern wie England, Kanada und den USA begegnet, die ihre Migrationspolitik bereits überdacht haben.

Wie würde eine Remigrationspolitik die potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen einer Verringerung der Migrantenbevölkerung angehen, insbesondere in alternden Gesellschaften, die auf Arbeitsmigranten angewiesen sind?

Die demografische Krise wird oft zur Rechtfertigung von Bevölkerungersatz und Ersatzmigration herangezogen, mit dem irreführenden Argument, dass solche Maßnahmen zur Finanzierung der Renten beitragen. In Wirklichkeit hat sich gezeigt, dass die außereuropäische Zuwanderung, insbesondere aus Nordafrika und den arabischen Ländern, den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften eher erhöht als verringert und gleichzeitig die Gesundheits- und Bildungssysteme erheblich belastet. Zahlreiche Studien haben dies bestätigt und gezeigt, dass diese Art der Migration mehr Kosten als Nutzen verursacht. Eine Rückwanderung, insbesondere von illegalen Migranten und solchen, die wirtschaftliche oder kulturelle Nachteile aufweisen, würde diese Belastungen deutlich verringern. Auch wenn es in Bereichen wie der Pflege einen Arbeitskräftemangel gibt, liegt die langfristige Lösung in der Förderung einheimischer Arbeitskräfte und in der Familienpolitik, wie Länder wie Japan und Südkorea zeigen, auch wenn kurzfristig noch Übergangsmaßnahmen erforderlich sein können.

Gibt es historische oder aktuelle Beispiele für groß angelegte Bevölkerungsumzüge, die Ihr Denken beeinflusst haben? Welche Lehren lassen sich aus ihnen ziehen?

Ja, es gibt mehrere historische Beispiele für Rückwanderung. Ein wichtiges Beispiel ist der Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei, der das Konzept teilweise inspiriert hat. Dieser Prozess war zwar mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, hat aber viele potenzielle Bürgerkriege erfolgreich verhindert, wie die Situation auf Zypern zeigt. Bei diesem Austausch siedelte die griechische Minderheit in der Türkei nach Griechenland und die türkische Minderheit in Griechenland in die Türkei um. Weitere Beispiele sind die Umkehrung der demografischen Entwicklung auf den Fidschi-Inseln, wo Zehntausende von Indern in ihr Herkunftsland zurückkehrten, und die jüngsten Massenrückführungen von Afghanen aus Pakistan. In den USA wurden im Rahmen der Operation Wetback innerhalb eines einzigen Jahres über 1,1 Millionen illegale Einwanderer nach Mexiko zurückgeführt. Die wichtigste Erkenntnis aus diesen Beispielen ist, dass Migration keine Einbahnstraße ist. Im Laufe der Geschichte folgten auf Massenmigrationen häufig Rückwanderungsbewegungen. Es ist von entscheidender Bedeutung, diese Realität anzuerkennen und offene, ehrliche Diskussionen über die Auswirkungen und Herausforderungen einer solchen Politik zu fördern.

Wie wollen Sie die öffentliche Meinung dahingehend verändern, dass die Remigration als legitime und notwendige Politik akzeptiert wird? Welche Schritte halten Sie für unerlässlich, um Remigrationskonzepte für die Mehrheit sozial und politisch akzeptabel zu machen?

Um eine breite Akzeptanz der Rückwanderung zu erreichen, ist es wichtig, ihre greifbaren Vorteile hervorzuheben, wie etwa sicherere Straßen, erschwinglichere Wohnungen und geringere Kosten für Kinderbetreuung und Bildung. Es gibt viele Faktoren, die zu berücksichtigen sind, und insgesamt würde die Beseitigung der Kosten, die mit einer gescheiterten Integration verbunden sind – wie z. B. Sozialhilfezahlungen an Migranten, die hohen Ausgaben für Inhaftierung, unbegleitete Minder-

jährige und die Überwachung islamischer Extremisten – dem Staat erheblich zugute kommen. Dies käme vor allem der arbeitenden Bevölkerung zugute, die zudem einem geringeren Wettbewerbsdruck durch Arbeitsmigranten ausgesetzt wäre.

Ebenso wichtig ist es, darauf hinzuweisen, dass die Massenauswanderung den Herkunftsländern der Migranten schadet. Langfristig bietet die Unterstützung vor Ort – etwa durch die Verbesserung der Infrastruktur und der Möglichkeiten in seinem Heimatland – eine bessere Lösung für den einzelnen Migranten. Der Bevölkerungsaustausch löst weder die Armut in den Heimatländern der Migranten noch hilft er unserer rückläufigen Geburtenrate. Vielmehr ist es ein falscher Ansatz, der beide Probleme noch verschlimmert. Viele Deutsche entscheiden sich dafür, keine Kinder zu bekommen, weil es durch den Zustrom von Migranten immer schwieriger wird, sich Privatschulen und Kindergärten zu leisten.

Die bayerische AfD hat die Rückwanderung offiziell befürwortet. Glauben Sie, dass andere Landesverbände der AfD oder ähnliche Parteien in Deutschland diesem Beispiel folgen werden?

Die von der bayerischen AfD verabschiedete Remigrations-Resolution ist ein mutiger und lobenswerter Schritt, insbesondere wenn man bedenkt, dass das Konzept der Remigration im Programm der Bundes-AfD für die Wahlen 2025 fehlt. Diese Auslassung untergräbt meiner Meinung nach die Glaubwürdigkeit der Partei in dieser Frage. Die jüngsten Wahlergebnisse in Österreich haben gezeigt, dass ein klarer Fokus auf die Remigration Stimmen bringen kann, wie Herbert Kickls Betonung des Themas kurz vor der entscheidenden Abstimmung gezeigt hat. Die Initiative der bayerischen AfD sollte als Modell für andere Parteien dienen, denn rechte Parteien müssen eine authentische und unverwechselbare Migrationspolitik betreiben, um ihre einzigartige Identität in einer zunehmend überfüllten politischen Landschaft zu bewahren.

Sehen Sie die AfD als langfristig verlässlichen Partner, um das Konzept der Remigration auf politischer Ebene voranzubringen, oder befürchten Sie, dass parteipolitische Taktiken die ursprüngliche Vision verwässern könnten?

Innerhalb der AfD gibt es eine klare Trennung zwischen denjenigen, die pragmatische, unmittelbare politische Vorteile bevorzugen – selbst auf Kosten zentraler Prinzipien – und denjenigen, die sich weiterhin für die Bewahrung der ideologischen Grundlagen der Partei einsetzen, einschließlich des Konzepts der Remigration. Die Entschließung der bayerischen AfD ist eine Erinnerung daran, wie wichtig es ist, diesen Prinzipien treu zu bleiben, insbesondere in einer Zeit, in der migrationskritische Rhetorik zum Mainstream wird. Wenn die AfD ihr Bekenntnis zur Remigration aufgibt, riskiert sie, ihre einzigartige Anziehungskraft zu verlieren und ihre Wählerbasis zu verprellen.

Die Resolution der bayerischen AfD hat breite Kritik ausgelöst und wurde als „extrem fremdenfeindlich“ bezeichnet. Wie reagieren Sie auf solche Vorwürfe im Zusammenhang mit Ihren eigenen Rückwanderungskonzepten?

Diese Entschließung ist meiner Meinung nach keineswegs extrem fremdenfeindlich. Im Gegenteil, es ist diskriminierend gegenüber Einheimischen, wenn ein Staat sich weigert, die Migration zu regulieren. Es ist die natürlichste Sache der Welt, dass ein Staat seine Migrationspolitik wählt und Migration, die ihm schadet, stoppt oder umkehrt. Es gibt natürlich kein internationales Recht, nach Deutschland einzuwandern und von den Steuergeldern zu leben. Ich finde diese Vorwürfe durchschaubar, halte sie für Panikmache und sie sind meiner Meinung nach völlig unbegründet.



Inwieweit decken sich die Vorstellungen der AfD mit Ihren eigenen Ansichten zur Remigration? Gibt es Bereiche, in denen Sie Diskrepanzen oder Unterschiede wahrnehmen?

Mein Ansatz zur Remigration ist breiter und detaillierter als der derzeitige Rahmen der AfD, da er ein quotenbasiertes Migrationssystem in Anlehnung an das US-Einwanderungsgesetz von 1924 sowie die Einrichtung von Modellstädten in Nordafrika beinhaltet, um eine strukturierte Rückkehr zu erleichtern. Darüber hinaus bietet mein Drei-Phasen-Modell der Remigration einen umfassenderen Fahrplan, den Parteien wie die FPÖ und die AfD noch nicht vollständig übernommen haben. Die Entschließung der bayerischen AfD ist jedoch ein deutlicher Schritt in die richtige Richtung.

Glauben Sie, dass die Wählerschaft der AfD über die Idee der Remigration gut informiert ist, oder sehen Sie die Gefahr, dass sie das Konzept auf eine einfache Abschiebepolitik reduzieren?

Ich glaube, dass die Wählerschaft der FPÖ und der AfD das Thema Remigration genauso versteht wie wir. Für uns bedeutet Remigration die Umkehrung der Migrationsströme und die Umsetzung einer Migrationspolitik mit dem klaren Ziel, dass Deutschland Deutschland bleibt – dass die deutsche Kultur, Sprache und einheimische Bevölkerung weiterhin die bestimmende Mehrheit im Land bilden. Das ist genau der Grund, warum die Menschen AfD und FPÖ wählen.

Sie stimmen nicht nur für die Abschiebung illegaler Einwanderer, sondern für die Erreichung eines umfassenderen Ziels. Dieses Ziel besteht darin, Bevölkerungsaustausch, Überfremdung und Islamisierung zu verhindern. Was die Menschen wirklich wollen, ist Rückwanderung, denn nur durch Rückwanderung kann dieses Ziel erreicht werden: zu verhindern, dass Deutschland arabisiert, Österreich afrikanisiert und Europa islamisiert wird. Die Menschen lehnen diese Ergebnisse ab, weshalb sie rechte Parteien unterstützen, denn nur durch Remigration kann dieses Ziel erreicht werden.

Wie könnte eine nuancierte Darstellung der Remigration erreicht werden, wenn das Konzept offiziell von einer Partei wie der AfD unterstützt wird?

Ich glaube, dass das Konzept der Remigration durch Aufklärung und klare Kommunikation nuanciert und ausgewogen dargestellt werden kann. Sowohl für die AfD als auch für außerparlamentarische Akteure ist es wichtig zu betonen, dass es bei der Remigration nicht nur um Abschiebung geht. Abschiebung sollte nur für illegale Migranten gelten. Remigration ist ein breiteres Konzept, das die Förderung einer starken Leitkultur, die Überwindung gesellschaftlicher Schuldgefühle und des Selbsthasses, die Schaffung eines sinnvollen Assimilationsdrucks, die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und die substanzielle Unterstützung der Heimatländer von Migranten umfasst. Diese Unterstützung sollte sich auf strukturelle und entwicklungspolitische Projekte konzentrieren, die den Menschen in ihren Herkunftsländern lebensfähige Chancen bieten. Solche Maßnahmen wirken nicht nur der Abwanderung entgegen, sondern können die Menschen auch zur Rückkehr motivieren und nachhaltige Lösungen sowohl für die Aufnahme- als auch für die Herkunftsländer fördern.



Könnte die AfD trotz aller Kontroversen als Katalysator dienen, um das Konzept der Remigration auf die politische Tagesordnung in Deutschland zu setzen?

Die AfD und die FPÖ spielen eine wesentliche Rolle dabei, das Thema Remigration in den politischen Mainstream zu bringen. Sowohl die Wähler der AfD als auch ihre Funktionäre sind sich weitgehend darüber im Klaren, dass es mehr braucht als nur ein paar Reformen im Bereich der illegalen Migration oder die bloße Durchsetzung bestehender Gesetze. Erforderlich sind eine grundlegende Änderung des Asylsystems, eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und ein Ende der rücksichtslosen Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft. Es braucht auch eine Umkehr der Migrationsströme. Genau dafür steht die Politik der Remigration – eine Art Vision, die einen mentalen Schalter umlegt. Die AfD hat sich diesen Begriff wiederholt zu eigen gemacht und damit ihr Engagement für diesen Ansatz unter Beweis gestellt.

Wenn die Remigrationsideen der AfD von einem wachsenden Anteil der Wähler unterstützt würden, glauben Sie, dass dies zu einer Verschiebung in der politischen Mitte führen könnte?

Umfragen in Österreich zeigen, dass 50 Prozent der Bevölkerung eine umfassende Rückwanderung ausdrücklich befürworten, selbst nach jahrelanger Verteufelung des Begriffs durch die Medien. Noch mehr Menschen sind für Abschiebungen und Grenzsicherungen. Ein erheblicher Teil der

Bevölkerung ist unentschieden. Ich glaube, der Begriff „Remigration“ wird zunehmend normalisiert, auch durch die Verwendung durch Trump und die migrationspolitischen Veränderungen in Kanada und England. Die AfD und die FPÖ müssen diesen Moment nutzen, um Remigration weiter zu normalisieren und ihre Plattformen zu stärken.

Wie bewerten Sie die Tatsache, dass Donald Trump den Begriff „Remigration“ in seinen politischen Diskurs aufgenommen hat? Sehen Sie darin eine Bestätigung Ihrer Ideen, oder befürchten Sie eine mögliche Verzerrung des Konzepts?

Es ist ganz natürlich, dass verschiedene Menschen den Begriff „Remigration“ unterschiedlich interpretieren, so wie es bei jedem bedeutenden politischen Konzept der Fall ist. So wird zum Beispiel der Liberalismus von verschiedenen Menschen unterschiedlich interpretiert. Auch Konzepte wie Kommunismus oder eine befreite Gesellschaft werden je nach individueller Sichtweise unterschiedlich verstanden. Der Kerngedanke bleibt jedoch derselbe: die Umkehrung der Migrationsströme zur Wahrung der nationalen Identität und des ethnokulturellen Zusammenhalts. Diese Klarheit muss im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen.

Welche Rolle sehen Sie für Russland im Zusammenhang mit den Remigrationsstrategien und der Neuordnung Europas? Könnte Russland als Partner oder Vorbild bei der Gestaltung migrationspolitischer Lösungen dienen, oder stehen seine geopolitischen Interessen solchen Ansätzen entgegen?

Dies ist eine komplexe Frage. Migration wird oft als Waffe eingesetzt, wie man es sowohl bei Erdoğan als auch bei Putin sieht. Ich glaube jedoch, dass die eigentliche Schuld bei den Europäern selbst liegt, weil sie ihre Grenzen offen gelassen haben, wodurch solche Strategien wirksam werden. Auch innerhalb Russlands gibt es Kritik an seiner Migrationspolitik, insbesondere im Hinblick auf die demografischen Veränderungen in den russischen Kernregionen. Ich sehe einen engen Zusammenhang zwischen Remigration, dem Wandel zu einer multipolaren Welt und der Kritik an liberalen, individualistischen Gesellschaften.

Wenn Russland wirklich eine traditionalistische Weltanschauung und die Bewahrung von Völkern und Kulturen unterstützt, wie es häufig behauptet hat, dann entspricht seine Haltung eher der Remigrationspolitik und der Verteidigung ethnokultureller Identitäten als einem universalistischen, liberalen Ansatz, der eine abstrakte Menschheit und das Individuum über alles andere stellt. Remigration ist im Grunde ein Selbstverteidigungsmechanismus zum Schutz der ethnokulturellen Identität. Dieser Grundsatz galt im Laufe der Geschichte, z. B. auf den Fidschi-Inseln, und ist auch heute noch in Europa von Bedeutung.

Wie würde ein erfolgreiches Ergebnis in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren aussehen, wenn die Rückwanderung vollständig umgesetzt würde?

Die Rückwanderung ist ein schrittweiser Prozess, der nicht von heute auf morgen erreicht werden kann. Innerhalb von zehn Jahren sollte die Asylkrise vollständig gelöst sein, indem sichergestellt wird, dass illegale Migranten sowie Flüchtlinge, deren Fluchtgründe nicht mehr gültig sind oder deren Visum abgelaufen ist, in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Dies gilt insbesondere für diejenigen aus außereuropäischen Ländern, die sich auf Asylshopping oder Wirtschaftsmigration durch sichere Drittstaaten eingelassen haben. Im Idealfall würde diese Rückkehr durch Wiederaufbauprojekte und Wiedereingliederungsprogramme unterstützt werden. In den nächsten zwanzig Jahren

könnten umfassendere Probleme wie Überfremdung und Islamisierung durch Reformen des Staatsbürgerschaftsrechts angegangen werden. Visa und Staatsbürgerschaften würden nur an vollständig assimilierte Personen oder an Personen vergeben, die die Gesellschaft integrieren kann. Aufenthaltsgenehmigungen für Kriminelle, Langzeitarbeitslose oder Personen, die eine wirtschaftliche, kulturelle oder kriminelle Belastung darstellen, würden nicht verlängert, sondern widerrufen.



In den nächsten fünfzig Jahren sollte sich der Schwerpunkt auf die nicht assimilierten Bürger verlagern, die eingebürgert wurden, ohne sich zu integrieren, und die Parallelgesellschaften gebildet haben. Eine Politik, die sich auf eine Leitkultur, Strukturreformen und Anreize zur freiwilligen Rückkehr konzentriert, könnte viele zur Rückkehr in ihre Heimatländer bewegen, während sich andere assimilieren könnten. Parallelgesellschaften würden schrumpfen, da keine neuen Mitglieder mehr einreisen dürfen und die natürliche Auswanderungsrate steigt.

Mit der Zeit würden diese Gruppen nicht mehr wachsen und auf eine Größe schrumpfen, die keine nennenswerte Bedrohung für die Gesellschaft darstellt. Schließlich würden sie sich entweder in die Gesamtbevölkerung integrieren oder ganz verschwinden, so dass unsere ethnisch-kulturelle Identität gewahrt bliebe.